

Liebe Europäerinnen, liebe Europäer!

Bereits mehrfach leitete ich meinen Newsletter mit den Worten ein, dass sich Europa in einer schwierigen Lage befände. Auch diesmal komme ich nicht umhin, die momentane politische und wirtschaftliche Lage als sehr kritisch zu beurteilen. Zwei miteinander zusammenhängende Themen beherrschen die Schlagzeilen: 1. die Schuldenkrise in Griechenland. Sie erfordert einen rigiden Sparkurs, der in Griechenland schwere politische Proteste auslöste und 2. eine Besorgnis erregende Schwäche des Euro, zu dessen Stützung die EU gerade einen Milliarden schweren Rettungsschirm spannt.



Wenig verwunderlich ist, dass diese Themen auch im Mittelpunkt meiner Schulbesuche standen, die ich aus Anlass des 4. EU-Schulprojekttages an der Berufsschule 14 und dem Johannes-Scharrer-Gymnasium absolvierte. Einmal mehr war ich positiv überrascht über das tief gehende und kritische Interesse der Schülerinnen und Schüler an der aktuellen politischen Lage. Nachfolgend ein kleiner Überblick über die interessanten Fragen der Schülerinnen und Schüler. Im Europa-Newsletter werde ich mich nach und nach mit diesen Fragen befassen.

Wäre es nicht besser, Griechenland in den Staatsbankrott treiben zu lassen bzw. das Land aus der Euro-Zone auszuschließen? Zeigt das Beispiel Griechenland auf, dass die Währungsunion versagt hat? Welche Folgen wären daraus zu ziehen? Sollte man die Euro-Kriterien verschärfen? Welche Sanktionsmöglichkeiten gibt es? Warum haben die EU-Staaten auf die griechischen Zahlen und Statistiken vertraut? Wäre es nicht besser, den Euro angesichts der aktuellen Krise ganz abzuschaffen und wieder die DM einzuführen? Wer sollte noch in die Euro-Zone ausgenommen werden, wer sollte diese jetzt besser verlassen? Wie kann man verhindern, dass das Beispiel Griechenlands Schule macht? Besteht jetzt die Gefahr einer Inflation, da die EZB ihre Geldpressen angeworfen hat? Sollten überhaupt neue Mitglieder in die EU aufgenommen?

Diesen Monat

Editorial: 4. EU-Projekttag an Schulen	S.1
Die griechische Schuldenkrise & die Schwäche des Euro	S.2 S.3
Jugend-Pressetage in Berlin	S.3

Impressum:
Der Newsletter wird herausgegeben von
Günter Gloser, MdB, Platz der Republik 1,
11011 Berlin, Tel: 030/227 711 87

Wahlkreisbüro:
Karl-Bröger-Str. 9, 90459 Nürnberg,
Tel: 0911/4389630

E-Mail: guenter.gloser@wk.bundestag.de
Internet: www.guenter-gloser.de

Auch im zweiten Beitrag möchte ich einer Schülerin das Wort übergeben: Bianca Ritter vom Pirckheimer-Gymnasium, die auf Einladung der SPD-Bundestagsfraktion kürzlich an den Jugend-Presse-Tagen in Berlin teilnahm. Ihre Eindrücke schildert sie auf Seite 3.

Ihnen allen möchte ich an dieser Stelle schöne Ferien bei besserem Wetter wünschen!
Mit herzlichen Grüßen

Ausgabe Mai 2010

Termine

07. - 11. Juni
Sitzungswoche des
Dt. Bundestags in
Berlin

14. - 18. Juni
Sitzungswoche des
Dt. Bundestags in
Berlin

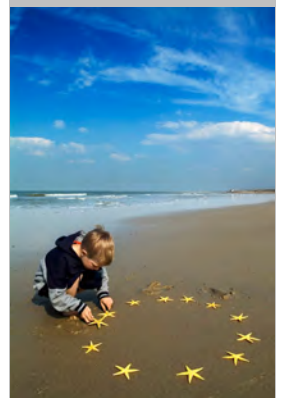
22. Juni
Betriebsbesuch im
Knoblauchsland

23. Juni
Besuchstag im
Betreuungswahl-
kreis Ansbach



24. Juni
Schulbesuch im Me-
lanchthon-
Gymnasium

28. Juni - 2. Juli
Sitzungswoche des
Dt. Bundestags in
Berlin



Die griechische Schuldenkrise

Wie alle anderen Staaten wurde auch Griechenland in den letzten zwei Jahren von den Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise schwer getroffen. Dadurch ausgelöste Wachstumsverluste und zusätzliche öffentliche Defizite haben die durch hohe Schulden vorbelasteten Finanzen Griechenlands endgültig aus dem Gleichgewicht gebracht. Der griechische Staatshaushalt hat in der Vergangenheit sowohl unter dauerhafter Einnahmeschwäche, u. a. durch erhebliche Vollzugsmängel in der Steuerverwaltung, als auch unter überbordenden Ausgaben gelitten. Bereits kurz nach der Lehmann-Pleite bewerteten die Finanzmärkte die griechische Haushaltslage sehr kritisch, was zu erheblichen Zinsaufschlägen auf griechische Staatsanleihen führte. Ausgerechnet das Eingeständnis der neuen Regierung unter Giorgos Andrea Papandreou, das Land habe über einen langen Zeitraum hinweg seine wahren Haushaltsprobleme durch problematische Finanzgeschäfte und Fälschungen der Haushaltsstatistiken systematisch verschleiert, führte zur Eskalation Ende 2009. Dieses Ein-

geständnis setzte an den Märkten einen Teufelskreis aus Abwertungen der griechischen Papiere und stark ansteigenden Risikoprämien, die die Anleger forderten, in Gang. Im Ergebnis geriet die Zahlungsfähigkeit Griechenlands in Gefahr.

Das strikte Sparprogramm

Die seit Ende 2009 amtierende sozialdemokratische Regierung Griechenlands hat sofort nach der Übernahme der Regierungsgeschäfte ihre Absicht klargestellt, mit dem unverantwortlichen Haushaltsgebaren ihrer unmittelbaren wie auch ihrer früheren Vorgänger grundsätzlich zu brechen und künftig auf Haushaltswahrheit und den Versuch einer ehrgeizigen Konsolidierung zu setzen. Im Kampf gegen die sich lawinenartig verschlechternde Situation an den Finanzmärkten hat die griechische Regierung ein umfangreiches Konsolidierungspaket auf den Weg gebracht. Dazu gehören eine umfassende Steuerreform inkl. Steuererhöhungen, Gehaltskürzungen im öff. Dienst sowie ein Einstellungsstopp, Erhöhung des Renten-Eintrittsalters und weitere Spar-Maßnahmen.



Angesichts der hohen Vorbelastungen des griechischen Haushalts mit einem Schuldenstand von 115 Prozent des BIP und einem aktuellen Haushaltsdefizit von über 13 Prozent des BIP in 2009 sind aber selbst diese außerordentlichen Konsolidierungsanstrengungen nicht ausreichend, um die finanzielle Stabilität des Landes zu erreichen.

Das Hilfspaket von IWF und EU

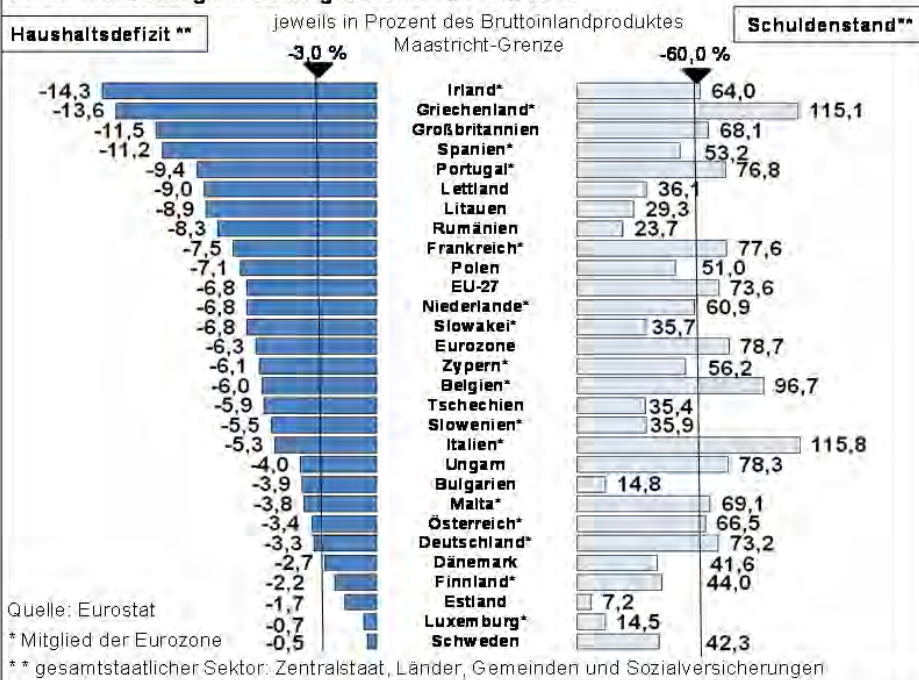
Wie im letzten Europa-Newsletter beschrieben, ist es den EU-Staaten eigentlich untersagt, für die Schulden anderer Mitgliedsstaaten einzutreten (Art. 125 des Lissabon-Vertrag). Um dennoch einen Notfallplan auflegen zu können, bemühte man den Art. 122, der in bestimmten Fällen („aufgrund außergewöhnlicher Ereignisse“) gegenseitige Hilfen zulässt. Offenbar abgesprochene „Angriffe“ amerikanischer und asiatischer Fonds wurden als solche interpretiert.

Mit dem offiziellen Hilfsantrag der griechischen Regierung am 23. April gegenüber IWF und EU wurden unmittelbare Verhandlungen für externe Hilfe begonnen und bis zum 2. Mai zum Abschluss gebracht.

Ziel des vereinbarten Hilfspaketes ist es, den griechischen Staatshaushalt im Rahmen eines dreijährigen Reformprogramms wieder in eine langfristig tragfähige Lage zu bringen, die dem Land im Ergebnis dann auch wieder den Zugang zum Kapitalmarkt unter leistbaren Konditionen eröffnen soll. Für diese dreijährige Übergangsperiode soll Griechenland durch koordinierte Kreditzusagen der EU-Partner sowie des IWF von den kurzfristigen Entwicklungen am Kapital-

Die EU-Defizitsünder

Staatsverschuldung der EU-Mitgliedsländer im Jahr 2009



-markt unabhängig gemacht und seine Refinanzierung zu berechenbaren Zinskonditionen gewährleistet werden. Im Rahmen des gesamten Kreditvolumens von 110 Milliarden Euro haben die EU-Staaten 80 Milliarden Euro in Form bilateraler Kredite zugesagt, davon 30 Milliarden Euro im ersten Jahr. Der deutsche Anteil daran beträgt 22,4 Mrd. Euro, davon 8,4 Mrd. Euro im ersten Jahr.

Das Rettungspaket ist notwendig: Es garantiert Griechenland die Refinanzierung und wendet die Zahlungsunfähigkeit ab. Es eröffnet Spielraum, in den kommenden drei Jahren mittels eigener Konsolidierungsbemühungen die finanzielle Situation zu stabilisieren. Dies liegt im dt. Interesse, denn Deutschland ist auf eine funktionierende Währungsunion in besonderer Weise angewiesen.

Kürzlich erhielt Griechenland die 1. Finanzspritze in Höhe von 5,5 Mrd. zur Rettung seiner Staatsfinanzen vom IWF. Kredite von anderen EU-Staaten werden folgen.

Der Rettungsschirm für den Euro

Wegen der europäischen Schuldenkrise verliert der Euro seit Wochen an Wert. Zu Wochenbeginn erreichte der Euro mit einem Wert von 1,22 US-Dollar seinen tiefsten Stand seit vier Jahren. Aus Sorge, dass umstrittenen Finanzgeschäfte wie im Falle Griechenlands auch andere EU-Staaten weiter destabilisieren könnten, verständigten sich die EU-Finanzminister auf einen Rettungsschirm zur Stützung des Euro in Höhe von insgesamt 750 Milliarden. Davon kommen 500 Milliarden von der EU und 250 Milliarden vom Internationalen Währungsfonds IWF. Dies soll Spekulationen auf eine Zahlungsunfähigkeit weiterer hoch verschuldeter Euro-Staaten wie z.B. Spanien die Grundlage entziehen. Der Rettungsschirm enthält Maßnahmen, mit denen eine drohende Zahlungsunfähigkeit weiterer Euro-Länder abgewendet werden kann.

Diese Maßnahme wurde notwendig, weil es auf den Finanzmärkten `Attacken` gegen den Euro gegeben hatte. Spekulanten setzten große Summen auf einen Werteverfall des Euro und darauf, dass sich die Zahlungsfähigkeit einzelner Länder sowie des gesamten Euroraumes weiter verschlechtere.

Mittlerweile herrscht Einhelligkeit darüber, dass kein Weg daran vorbei führt, die *Ursachen* der Krise zu bekämpfen: 1. ein Abbau der Haushaltsdefizite und 2. die Einführung von Regeln gegen hochspekulative Finanzgeschäfte.

Nach der Bankenkrise 2007/08 und dem globalen Wachstumseinbruch 2008/09 erleben wir nun die 3. Welle der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise. Ein grundlegendes Umdenken & -steuern ist unumgänglich, denn: Nur was den Menschen dient, ist Aufgabe der Wirtschaft!

Rechts: Mein MdB-Kollege Martin Burkert mit Bianca Ritter und Sami Rauscher aus Nürnberg

Hauptstadt-Journalismus live: Jugendpresse-Tage in Berlin

Auf Einladung der SPD-Bundestagsfraktion kommen jährlich Schülerzeitungsredakteure aus ganz Deutschland in Berlin zusammen, um Einblick in den Hauptstadt-Journalismus zu gewinnen. Bianca Ritter vom Pirckheimer-Gymnasium berichtet von ihren Eindrücken:

„Am meisten habe ich mich auf die zahlreichen Jugendlichen aus den 16 verschiedenen Bundesländern gefreut: Auf die Diskussionen mit gleichgesinnten, politisch aktiven Jugendlichen mit einer gewissen politischen Nähe zur SPD. Überrascht war ich, dass wir gleich zu Beginn ins kalte Wasser geworfen wurden, in die Pressekonferenz mit Frank-Walter Steinmeier und dem Pressesprecher der SPD-Bundesfraktion Hannes Schwarz. Interessant fand ich auch den Besuch im Willy-Brandt-Haus, der SPD-Parteizentrale. Dort finden regelmäßig Pressekonferenzen mit 100-200 Journalisten statt. Einmal wöchentlich werden 50-60 Journalisten betreut und ihnen Interviews mit Spitzenpolitikern ermöglicht. Wir besuchten wir auch eine Plenarsitzung des Bundestags zum Thema „Mindestlohn“.

Einen inhaltlichen Schwerpunkt bildeten bildungspolitische Diskussionen, z. B. über die Idee einer Gesamtschule, die das dreigliedrige Schulsystem ersetzen soll. Dadurch soll die Trennung der Bildungsschichten überwunden werden.

Ein Besuch im ARD Hauptstadtstudio gewährte uns Einblick in den Hörfunkbetrieb, wo wir die Herstellung von Radio-Beiträgen nachverfolgen konnten. Die durchschnittliche Bearbeitungsdauer einer Nachricht von einer Minute beläuft sich übrigens auf ca. 3 Stunden!

Ich empfehle jedem, dem sich die Gelegenheit bietet, nächstes Jahr an den Jugendpressetagen teilzunehmen. Es war eine wunderschöne Zeit!“

Ein ausführlicher Bericht von Bianca Ritter unter http://www.martin-burkert.de/index.php?number=664&page_id=110

